

MOTIVATION

In einer Wissensgesellschaft, in der naturgemäß das Wissen zur zentralen und ausschlaggebenden Ressource geworden ist, verzahnen sich Wissenschaft und Politik unausweichlich. Gab es ein Verhältnis zwischen beidem seit jeher, so intensiviert es sich heute in einem Ausmaß, dass schon fast von vertauschten Rollen gesprochen werden kann, die beide Seiten spielen. Die Politik erwartet sich in immer mehr Fällen, dass ihr die Wissenschaft kraft Expertise sage, was sie zu tun habe. Umgekehrt lassen sich Experten und Expertinnen diesbezüglich in die Pflicht nehmen und akzeptieren, dass aus ihren Erkenntnissen alternativlose Handlungsanleitungen gezogen werden. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung der Umwelt- und Klimakrise wurde und wird diese Entwicklung offenkundig. Man mag das begrüßen, sofern man sich davon einen Zuwachs an Sachverstand in der Politik und gleichzeitig eine höhere Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags von Wissenschaft erwartet. Es gilt jedoch den Preis zu bedenken, der sich aus der gegenwärtigen Überlappung dieser beiden Teilsysteme, die gesellschaftlich verschiedene Funktionen ausüben, an verschiedenen Leitwerten orientiert sind und aufgrund unterschiedlicher Rationalitäten agieren, fast zwangsläufig ergibt.

Auf der einen Seite mutieren die Erwartungen, die seitens der Politik nicht an «die» Wissenschaft, sondern an einzelne, von ihr präferierte Wissenschaften gerichtet werden, zunehmend zu Vorgaben, die – gewollt oder nicht gewollt – die Freiheit derselben wenigstens beeinträchtigen. Schon beim Bestellen von wissenschaftlicher Expertise und Beratung zur Lösung politischer Problemstellungen ist die Gefahr gegeben, dass die Fragen die Antworten präjudizieren. Der Verdacht steht spätestens im Raume, wenn aus demselben Anlass mehrere Expertisen vorliegen, die Unterschiedliches empfehlen. Dies wiederum fährt ab auf die regelmäßigen Steuerungsmaßnahmen im Hochschulbereich, etwa auf die Leistungsvereinbarungen oder auf ausgeschriebene Forschungsprogramme, von denen nicht zuletzt die Finanzierungen der Hochschuleinrichtungen und Forschungsförderungen abhängen. Auch hier drängt sich der Eindruck von Vorgabe und Bestellung auf, ähnlich wie er im Falle von reiner Auftragsforschung oft unterstellt wird. Die Politik setzt sich jedoch nicht nur dem Verdacht aus, die Freiheit der Wissenschaft nicht immer anzuerkennen, sie wird auch häufig enttäuscht, sofern ihr die Wissenschaft in aller Regel nicht zu liefern vermag, was sie sich von ihr wünscht, nämlich einfaches, sicheres und sogleich praktikables Wissen. Ganz abgesehen davon, dass sich die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse in aller Regel nicht so inszenieren lässt – nämlich durch Erzählungen, dargeboten von großen, zugleich enthobenen Persönlichkeiten –, wie es sich die Politik wünscht.

Auf der anderen Seite büßt die Wissenschaft an Vertrauen ein, das die Gesellschaft ihr entgegenbringt. Dieser Vertrauensverlust kann sich – wie erinnerlich – bis zur Wissenschaftsskepsis, ja bis zur Wissenschaftsfeindlichkeit auswachsen. Was wiederum nicht verwunderlich ist, scheint doch die Wissenschaft mit der Politik – vordergründig – im selben Boot zu sitzen. Beide stehen gesellschaftlich besehen unter einem hohen Legitimationsdruck. Kein Wunder, dass dieselbe Kritik, die politischen Parteien entgegenschlägt, sich auf die Wissenschaft überträgt. Sie gelangt in den Geruch von «interessengeleitet» oder «ideologisiert», und recht haben anscheinend jene, die in der

Wissenschaft eine ideologisch-politisch besetzte Weltanschauung sehen, die es nicht nur zu kritisieren, sondern zu dekonstruieren gilt – und zwar nicht anders, als es in den politischen Auseinandersetzungen geschieht, wenn es um Macht geht. In dieser Perspektive verwandeln sich die Einrichtungen der Wissenschaften, allen voran die Universitäten, von Räumen der freien argumentativen Diskurse in Orte des Politischen, an denen kaum andere Regeln herrschen als in einer politischen Arena. Aber selbst wenn man von diesem Zusammenhang absieht: Die Wissenschaft bringt sich allemal in eine prekäre Situation, wenn sie sich zur Bedienung von Erwartungen drängen lässt, denen wissenschaftlich nicht beizukommen ist, wie angesichts weltanschaulicher Bedürfnisse, oder sich Rollen anverwandelt, die von Hause aus die Ihren nicht sein können, weil sie – wie die Politik – anderen Spielregeln folgen und eine gänzlich andere gesellschaftliche Funktion zu erfüllen haben als das Bewerkstelligen von wissenschaftlich vertretbarem Wissen. Sogar der Umstand, dass Wissenschaft ihren Fortschritt nur im internationalen Kontext sieht, die Politik hingegen – aufgrund der Wettbewerbssituation der Staaten untereinander – sich oft von nationalen Interessen leiten lässt, spielt hier herein.

Trotzdem ist es nicht nur unvermeidlich, sondern vielmehr notwendig, dass sich Wissenschaft und Politik in ein richtiges Verhältnis setzen. Wissenschaft besitzt einen gesellschaftlichen Auftrag, eine ‚Third Mission‘, die jedenfalls die Politik erreichen muss. Zugleich ist es von selbstredender Bedeutung, dass Politik ihr Handeln auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse abstützt. Wie dies in einer Form geschehen könne, dass Wissenschaft Wissenschaft und Politik Politik bleibt und dennoch ein sinnvolles und konstruktives Verhältnis zwischen beidem gelingt, soll Thema des Wissenschaftstages «Wissenschaft und Politik» sein. Es liegt auf der Hand, dass sich diese Thematik in ihrer Breite nicht allein auf prinzipieller – «wissenschafts-theoretischer» – Ebene behandeln lässt. Unabdingbar erscheinen empirische Analysen und kritische Reflexionen der konkreten Entwicklungen, die sich – etwa vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bzw. angesichts der anhaltenden Herausforderungen durch die Umwelt- und Klimakrise – inzwischen überall abzeichnen. Diese Entwicklungen verlaufen bekanntlich weltweit alles andere als einheitlich. Je nach Land bzw. Kulturraum gehen sie von höchst unterschiedlichen Voraussetzungen aus und weisen dementsprechend in verschiedene Richtungen. Diese Differenzen gilt es in den Blick zu nehmen – nicht zuletzt durch eine Inanspruchnahme historisch-kultureller Perspektiven. Unter anderem wird zu diskutieren sein, ob sich das Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik in Ländern, in denen die Wissenschaft einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert besitzt, anders ausnimmt als in Ländern, in denen dies weniger oder nicht der Fall ist. Offensichtlich entscheidet darüber nicht allein, ob in einem Land demokratische Verhältnisse herrschen. Vielmehr liegt die Frage nahe, wie Demokratie zu gestalten und zu leben ist, damit das Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu einer positiven Form findet. Wie immer die Antwort darauf ausfällt, die Medien als zentrales Organ einer demokratischen Öffentlichkeit spielen dabei eine ausschlaggebende Rolle. Deshalb sind sie genauso zu thematisieren und daraufhin zu befragen, welche Verantwortung sie übernehmen, die Wissenschaft in der breiten Öffentlichkeit zu positionieren – nicht nur gegenüber der Politik, sondern in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft überhaupt.